

Bernd Posselt, MdEP

Sprecher der
Sudetendeutschen Volksgruppe

Dachauer Str. 17
D-80335 München
Tel.: 089/554683
Fax: 089/594768
mail@bernd-posselt.de
www.bernd-posselt.de

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt

11012 Berlin

14. Oktober 2008

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

am Montag, 20. Oktober werden Sie die Tschechische Republik besuchen. Als Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, also der aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien vertriebenen Deutschen und ihrer Nachkommen, begrüße ich solche nachbarschaftlichen Kontakte, bei denen wir Sudetendeutschen seit langem eine Vorreiterrolle spielen. Die heutige Tschechische Republik umfaßt auch unsere Heimatgebiete, die unsere Vorfahren bis zur völkerrechtswidrigen Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg mehr als tausend Jahre lang zum Blühen brachten und mit dem tschechischen Volk verbinden uns alte und tiefe nachbarschaftliche Beziehungen, die wir als Brücke in die Kooperation zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik einbringen wollen.

Fast 20 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhanges mehren sich die Zeichen, daß sich neue Möglichkeiten ergeben, in Prag auch schwierige Themen anzusprechen, die bislang meist tabuisiert wurden. Darum bitten wir Sie herzlich, nicht zuletzt im Rahmen der Obhutspflicht der Bundesrepublik Deutschland über die gesamte Sudetendeutsche Volksgruppe.

Es handelt sich dabei vor allem um folgende Punkte:

1. eine eindeutige Verurteilung der kollektiven Entrechtung und Vertreibung von mehr als drei Millionen Deutschen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Tschechische Republik, zumal die fortdauernden Folgen dieses Nachkriegsverbrechens bis heute eine elementare Völker- und Menschenrechtsverletzung darstellen.
2. eine wahrheitsgemäße Aufarbeitung und Dokumentation der gemeinsamen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen, vor allem auch durch direkten Dialog und durch die Errichtung eines Sudetendeutschen Museums in München, das partnerschaftlich mit entsprechenden Einrichtungen in der Tschechischen Republik, wie etwa dem Collegium Bohemicum in Aussig, zusammenarbeiten soll. Dabei könnte auch die Einrichtung von Wahrheitskommissionen nach südafrikanischem Vorbild eine hilfreiche Rolle spielen.

3. eine möglichst umfassende Heilung des geschehenen Unrechts durch einen Prozeß, der die Opfer so weit als möglich wieder ins Recht setzt; dazu gehört die Beseitigung der völkerrechtswidrigen Beneš-Dekrete, soweit sie die Sudetendeutschen betreffen, und des sogenannten Straffreiheitsgesetzes, das sogar Professor Frowein in seinem Auftrags-Gutachten für den tschechischen EU-Beitritt als nicht mit europäischem Recht vereinbar bezeichnet hat.
4. den Ausbau direkter kultureller und wissenschaftlicher Beziehungen zwischen Tschechen und Sudetendeutschen, einschließlich aller Dialogeinrichtungen und Begegnungszentren, durch massive Unterstützung beider Staaten.
5. die Lage der seit der Vertreibung nur noch sehr kleinen deutschen Volksgruppe in der Tschechischen Republik, die nach wie vor mit offenen Rechtsfragen und mit ihrem kulturellen Überleben zu kämpfen hat. Ein wichtiges Thema ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Frage zweisprachiger Ortsschilder, wie es sie im historischen Siedlungsgebiet der Sorben in Deutschland sowie in den Minderheitengebieten Österreichs, Ungarns, Serbiens, Kroatiens, Italiens und vieler anderer Staaten längst gibt, seit kurzer Zeit auch für die Deutschen in Polen.
6. direkte Gespräche zwischen den Institutionen des tschechischen Staates und den gewählten Repräsentanten der Sudetendeutschen Volksgruppe, um Vertrauen zu bilden, auch schwierige Themen tabulos zu erörtern und Modelle zur Lösung aller offenen Fragen zu entwickeln, auf die die Regierungen beider Seiten dann zurückgreifen könnten. Hier sollte unser Schirmland Bayern mit tatkräftiger Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland eine aktive Vermittlerrolle spielen.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, dies sind wie gesagt nur einige von zahlreichen zu klärenden Fragen. Wir bitten Sie, diese nicht nur gegenüber ihren tschechischen Gesprächspartnern vorzutragen, sondern entsprechende Lösungsansätze als dauerndes und wesentliches Element der deutschen Nachbarschaftspolitik zu entwickeln und voranzutreiben. Wir stehen Ihnen in diesem für die Europäische Zusammenarbeit wichtigen Prozeß gerne mit Rat und Tat zur Verfügung und bitten Sie Ihrerseits um eine systematische Unterrichtung unserer von diesen Themen besonders betroffenen Volksgruppe über alle aktuellen Entwicklungen.

Mit den herzlichsten Grüßen

Bernd Posselt MdEP
Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe